



Exportiert wird, was verschiffbar ist: Schrittweise greift in der EU ein Öl-Embargo, das Russland durch Exporte nach China und Indien ausgleichen will. Verladen wird der Rohstoff unter anderem durch das Unternehmen Transneft im Süden Russlands. FOTO: IMAGO/SNA

SANKTIONEN JA! WIRKUNG NEIN?

Mit Strafaktionen von historischem Ausmaß wollte der Westen die russische Wirtschaft in die Knie zwingen. Das hat nicht funktioniert. Ob es 2023 gelingen wird? Unsicher. Es könnte in Russland sogar wieder aufwärts gehen.

Von Paul Katzenberger

Es geht darum, die industrielle Basis des Landes zu zerstören. * EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen nahm am 25. Februar 2022 den Mund recht voll, als sie das Ziel des ersten Sanktionspaketes umriss, das die EU als Antwort auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine geschnürt hatte.

Einen Monat später, Ende März, sprach die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) dann von destruktiven Konsequenzen als Folge der vier von der EU bis dahin beschlossenen Sanktionspakete für die russische Volkswirtschaft. „Der Ausschluss russischer Banken vom Swift-System, der bisher wegen der damit verbundenen Kollateralschäden für undenkbar gehalten worden ist“, hob die EBWE in ihrem „Regional Economic Update“ vom 23. März hervor, „ist Realität geworden.“ Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde 2022 wohl um 10 Prozent einbrechen.

Von solchen Katastrophenszenarien kann keine Rede mehr sein. Elwira Nabiullina, die Präsidentin der russischen Zentralbank, erklärte Mitte Dezember, dass sie mit einer Verringerung des BIPs um 3 Prozent für 2022 rechne. Vergangene Woche zeigte sich Russlands Präsident Wladimir Putin noch optimistischer. Er gehe von einem Rückgang von 2,5 Prozent aus, sagte er vor Wirtschaftsvertretern.

Hohe Rüstungsausgaben im BIP

In normalen Zeiten wäre das schmerzlicher genug – noch 2021 war die russische Wirtschaft um 4,8 Prozent gewachsen und vor dem 24. Februar war ihr ein Wachstum von 3 Prozent prophezeit worden. Doch angesichts des Sanktionsregimes des Westens erscheint der sich abzeichnende russische BIP-Rückgang geradezu moderat.

Natürlich könnte es sein, dass Putin und die Zentralbank die Situation übertrieben positiv darstellen. Doch dafür spricht wenig. Wladimir Tichomirov, leitender Volkswirt aus dem Moskauer Büro des internationalen Strategieberaters Macro-Advisory, rechnet mit einem Minus von 2,6 Prozent: „Wir hatten zwischenwärtig ebenfalls mit einem höheren Rückgang gerechnet“, sagt er im Gespräch mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), „doch inzwischen hat sich die russische Wirtschaft so sehr stabilisiert, dass wir unsere Prognose angehoben haben.“ Im Schnitt rechneten die Beobachter mit einer Reduzierung des BIPs um 2,7 Prozent.

Kritische Stimmen weisen allerdings darauf hin, dass im russischen Bruttoinlandsprodukt des abgelaufenen Jahres sehr viel höhere Rüstungsausgaben stecken als noch im Vorjahr. Rechnet man diese heraus, falle der Wohlstandsverlust für die Bevölkerung größer aus als die etwa von der Zentralbank genannten 3 Prozent. „Das kann man so sehen“, sagt Tichomirov dazu und ergänzt: „Von den deutlich erhöhten Ausgaben für den militärisch-industriellen Komplex hat der breite Teil der Bevölkerung tatsächlich nichts.“ Doch

positive Streueffekte gebe es durchaus. Die Leute, die bei Zulieferern der Rüstungsindustrie, etwa in der Informationstechnologie, im metallverarbeitenden und in der chemischen Industrie arbeiten, profitieren von den erhöhten Ausgaben für Rüstung.

Doch wie viel das genau ist, ist nicht so ohne Weiteres zu sagen. Der Ökonom Sebastian Hoppe von der Freien Universität Berlin hält das BIP daher für einen zu groben Maßstab. „Es misst nationalen Reichtum, aber man kann ja nicht reinzömen. Anhand der Zahl sieht man nicht, ob Sektoren wie etwa die Konsumgüterindustrie oder der Einzelhandel gewonnen oder verloren haben.“ Viele schauen daher auch auf die Automobilindustrie: „Die war von den Sanktionen definitiv hart getroffen“, sagt Hoppe. „Da lagen die Dinge still.“

Tatsächlich verzeichnete die Branche nach Angaben des russischen Verbandes der Auslandsunternehmen AEB als Folge des Exodus westlicher Hersteller im vergangenen Jahr einen Einbruch von historischen 60 Prozent. Doch nun erkennen Beobachter wie Tichomirov und Hoppe Erholungstendenzen. Denn den Platz, der durch den Abzug von Volkswagen, Renault, Fiat-Chrysler und Co. auf dem russischen Markt frei geworden sei, würden nun chinesische Hersteller wie Haval, Chery und Geely einnehmen.

Vorprodukte wieder erreichbar

Waren zu Beginn des Jahres noch mehr als 60 ausländische Produzenten auf Europas größtem Automarkt aktiv, sind es jetzt nur noch elf, von denen alle chinesisch sind. Sie kämpfen mit den drei russischen Herstellern GAZ, AwtoWAS (Lada) und UAZ um Marktanteile.

Problemlösung läuft das für Letztere noch nicht: Nachdem sich Renault im Mai 2022 von seiner Mehrheitsbeteiligung an Lada getrennt hatte, sah sich Russlands größter Pkw-Hersteller mit dem Problem konfrontiert, seine Fahrzeuge wegen sanktionsbedingt fehlender Komponenten nicht mehr mit zeitgemäßem Zubehör wie ABS, Airbags oder Bordcomputer ausstatten zu können. Doch neu kommen russische Hersteller wieder an die Vorprodukte heran, die ihnen den Einbau dieses Zubehörs ermöglichen. Das Stichwort lautet: „Parallelimporte“. Sie laufen über Länder, die sowohl zum Westen als auch nach Russland hin offen sind, also zum Beispiel die Türkei, Dubai oder China. Ein Zulieferer etwa in Frankreich verkauft seine Produkte an einen Zwischenhändler in der Türkei und dieser wiederum an das Lada-Werk im russischen Obelast Samara.

Natürlich ist dieses Verfahren kostenintensiv, denn bei jedem Zwischenschritt

macht ein Händler die Hand auf. Doch die russischen Hersteller sind trotzdem zufrieden. Denn auf diesem Weg gelangen sie zumindest wieder an Vorprodukte für ihre Produktion. Außerdem erfreuen sie sich eines schönen Nebeneffektes: Sie haben nun weniger Konkurrenz. Und so blickt AwtoWAS-Chef Maxim Sokolow mit Zuversicht in die Zukunft. Wie er dem US-Branchendienst Wardsauto sagte, rechne er im Lauf des Jahres mit einer Erholung der russischen Automobilproduktion auf knapp 50 Prozent des Standes von 2021. Und: AwtoWAS werde seinen Marktanteil dabei auf 50 Prozent erhöhen.

Das mag Zweckoptimismus sein. Doch die russischen Automobilhersteller dürften ihre Kollegen aus der Lebensmittelbranche vor Augen haben, denen es nach 2014 infolge des Ukraine-Konflikts gelang, ihre Marktanteile deutlich zu erhöhen. Damals verbot Russland als Antwort auf westliche Sanktionen die Einfuhr von Fleisch, Fisch, Milchprodukten und weiteren Nahrungsmitteln aus der Europäischen Union und anderen westlichen Ländern.

In russischen Supermärkten ist einheimischer Käse seither omnipräsent – trotz seiner fehlenden Würze. Es fehlt schlicht an Konkurrenz. Insgesamt erlebte die russische Landwirtschaft seither einen stattlichen Aufschwung – selbst das Kriegs- und Krisenjahr 2022 schloss sie mit einem Plus von 4 Prozent ab. Auch der Blick in die einzelnen Sektoren hinein offenbart also, dass es gar nicht so schlecht für die russische Wirtschaft läuft. Denn selbst dort, wo es schwere Einbrüche aufgrund der Sanktionen gab – wie in der Automobilindustrie – zeigen sich Erholungstendenzen.

Weniger Export, mehr Gewinn

Dass das Minus beim russischen BIP 2022 klein blieb, lag in erster Linie allerdings an den extrem hohen Preisen für Öl und Gas. Sie waren ein Ausdruck der hohen Unsicherheit an den Rohstoffmärkten, nachdem sich Russland als einer der weltgrößten Exporteure von fossilen Energieträgern in der westlichen Welt isoliert hatte. Einerseits wurden in der EU und in den USA schnell Überlegungen laut, Moskau auch einem Energieembargo zu unterziehen, andererseits nutzte der Kreml seinerseits Gasausfuhren als Druckmittel.

All das ließ Öl und Gas in der EU als ungewohnt knappes Gut erscheinen, das es nun schnell irgendwo anders zu beschaffen galt, zum Beispiel aus Katar. Entsprechend stiegen die Preise, mit dem paradoxen Ergebnis, dass Russland zwar weniger Öl und Gas exportierte, damit aber mehr Geld verdiente als im Vorjahr. Noch liegen die Zahlen nicht vor, doch der stellvertretende Regierungschef Alexander Nowak verriet vergangene Woche bereits, dass die daraus erzielten Haushaltseinnahmen 2022 gegenüber dem Vorjahr um 28 Prozent oder 2,5 Billionen Rubel (Ende 2022 etwa 31,6 Milliarden Euro) auf 11,6 Billionen Rubel (151,5 Milliarden Euro) gestiegen seien.

Die Experten sind sich weitgehend einig, dass das russische BIP im kommenden Jahr nicht noch einmal in der Weise geboostet wird. Denn nachdem die Suche

nach alternativen Energiequellen in der EU wie Flüssiggas aus den USA einhergehen erfolgreich verlief, sind die Preise für Öl und Gas gefallen. Kostete das Barrel der russischen Rohölsorte Urals Anfang März 2022 noch mehr als 110 Dollar, liegt die Dotierung im Augenblick bei etwa 57 Dollar. Ähnlich verhält es sich bei Erdgas. Der Spitzenpreis für russisches Erdgas von über 2000 Dollar für 1000 Kubikmeter bröckelte inzwischen auf circa 700 Dollar ab.

Hinzu kommt, dass der Westen in Zukunft von Moskau weniger Rohstoffe aufnehmen wird. Seit dem 5. Dezember greift in der EU ein schrittweises Ölembargo. Außerdem beschloss die Staatengemeinschaft einen Ölpreisschleier. Von Februar an soll auch eine Preisobergrenze für Gas gelten. All das ist für den Kreml zumindest zunächst keine gute Nachricht: „Die Kombination aus sich normalisierenden Preisen und geringeren Mengen bedeutet, dass Russland geringere Einnahmen erzielen wird“, ist sich Ökonom Hoppe sicher. Diese Ausfälle könnten teilweise zwar ersetzt werden – durch Exporte nach China und Indien, doch das werde nicht kompensieren, was die EU bislang gekauft habe.

Eine Frage der Anpassung

Micro-Advisory-Mann Tichomirov ist für Russland weniger pessimistisch: „Öl ist auf dem Weltmarkt nach wie vor ein knappes Gut“, argumentiert er. „Und es lässt sich über Schiffe leicht überall hinbringen. Russland wird deswegen schnell neue Abnehmer finden.“ Bei Gas sei die Angelegenheit komplizierter, da es einer Transportinfrastruktur bedürfe, über die Russland etwa nach China noch nicht im ausreichenden Maße verfüge. „Doch die Pipelines werden jetzt gebaut“, ist sich Tichomirov sicher. „Hier wird es zu einem Anpassungsprozess kommen, genau so wie sich die EU jetzt auch neu orientiert. In ein paar Jahren werden russisches Öl und Gas, die bisher in die EU exportiert wurden, in den Fernen und Nahen Osten gehen, während die EU teilweise von dort oder aus den USA beliefert wird.“

Waren die Einschätzungen Anfang 2022 noch weitgehend einhellig, dass Russland wegen der westlichen Sanktionen wirtschaftlich sehr schweren Zeiten entgegengehe, so ist das Meinungsbild heute diverser. Von einem Einbruch der russischen Volkswirtschaft in der Größenordnung von 10 Prozent binnen eines Jahres spricht niemand mehr. Doch Natalia Orlova, Chefvolkswirtin der russischen Alfa-Bank, veröffentlichte vor Kurzem eine Prognose unter der Überschrift: „Vorsicht ist besser als Optimismus.“ Demnach rechnet sie für 2023 mit einem BIP-Rückgang von 6,5 Prozent. Sie begründet das mit geringeren Verbraucherausgaben, einem Rückgang von Investitionen und einem eingeschränkten Exportpotenzial. Wladimir Tichomirov ist wesentlich zuversichtlicher. Er sieht das Bruttoinlandsprodukt Ende 2023 bei einem Minus von lediglich 1,3 Prozent.

Wie sehr sich die russische Wirtschaft behaupten kann, wird wohl davon abhängen, in welchem Maße sie sich durch Parallelimporte und neue Vertriebswege an die neuen Verhältnisse anpassen kann.

„Von den erhöhten Ausgaben für den militärisch-industriellen Komplex hat der breite Teil der Bevölkerung nichts.“

Wladimir Tichomirov, leitender Volkswirt bei Macro-Advisory